

Basta!

Basels starke Alternative

ARMUT

Reichtum in der Schweiz – ungleich verteilt



«Es herrscht Klassenkampf, meine Klasse gewinnt, aber das sollte sie nicht»

Warren Buffet, 2010

Warren Buffet ist aktuell drittreichster Mensch der Welt
Foto: Democracy Chronicles, Flickr

Die Vermögen sind in der Schweiz sehr ungleich verteilt. Das gefährdet auch demokratische Errungenschaften. Hohe Vermögen lassen sich schwierig erfassen. Faktisch ist deshalb die einseitige Verteilung des Reichtums noch krasser als offiziell ausgewiesen. Trügerisch sind neue Berechnungen. Sie zählen die Ansprüche an Pensionskassen zu den Vermögen; obwohl es sich dabei um aufgeschobene Löhne handelt.

Finanzgetriebener Liberalismus

Nach dem Zweiten Weltkrieg brachte ein politisch liberaler Kompromiss zwischen Kapital und Arbeit einen sozialen Ausgleich. Der Kompromiss diente dem sozialen Zusammenhalt. Breite Bevölkerungskreise konnten ihre materielle Lage verbessern. Kapital und Arbeit galten als ebenbürtig. Seit den 1980er-Jahren verbreitet sich jedoch ein finanzgetriebener Liberalismus. Er rechtfertigt die soziale Ungleichheit und

billigt ihr zu, die wirtschaftliche Entwicklung zu dynamisieren.

Der Finanzkapitalismus forciert die maximale Verwertung des Kapitals. Er dokumentiert einen Paradigmenwechsel. Die neue Gläubigkeit nimmt an, der von Kartellen monopolisierte Markt bestimme den Wert der Arbeit. Seither nimmt die Erwerbslosigkeit zu. Zudem halten Teile der nominell steigenden Löhne mit den Lebenshaltungskosten nicht Schritt. Das führt zu mehr erwerbstätigen Armen (Working Poor) und prekären Arbeitsbedingungen. Sie fordern das System der sozialen Sicherheit heraus, das neue Lebenslagen weitgehend ignoriert.

Vermögen versechsfacht

Die soziale Kluft erhöht sich besonders bei den privaten Vermögen. Diese konzentrieren sich auch deshalb, weil die politische Alternative schwach ist. So haben in der Schweiz die reichsten 0,1 Prozent der Bevölkerung in den letzten dreissig Jahren ihre Anteile an

weiter auf Seite 3

AZB
4005 Basel

Mutationen an:
Postfach 225
4005 Basel

SCHÜTZT UNSERE JUGEND!

Seite 3

Abstimmungsparolen 21. Mai 2017



Seite 7

Nein zu Racial Profiling



Seite 6

Bildstrecke "Bewegter März"

Sonntag, 30. April

Grenzenlos - Politik braucht Kultur

Ab 18:00 Uhr im H95 in der Horburgstrasse 95. Euch erwartet ein super Programm (Seite 8) Anmeldung: sekretariat@basta-bs.ch

Montag, 1. Mai, 10:30 Uhr Messeplatz

Demonstration Anschliessend Fest auf dem Barfi

09. Mai 19:00 Uhr

Koordination

Samstag, 20. Mai. 14:00 Uhr Barfüsserplatz, Basel

March against Monsanto & Syngenta

21. Mai

Abstimmungssonntag

22. Mai 19:00 Uhr

Koordination

12. Juni 19:00 Uhr

Koordination

24. Juni, Aarau

#GrüneDebatte17

27. Juni 19:00 Uhr

Koordination

MITGLIED WERDEN

Als Mitglied erhältst du unseren Newsletter und 4 Mal im Jahr das BastA!-Bulletin gratis nach Hause geschickt. Zudem hast du das Recht an den Mitgliederversammlungen teilzunehmen und bei allen Entscheidungen, wie z.B. Parolenfassungen deine Meinung einzubringen und mitzubestimmen. Du erhältst auch jeweils eine Einladung zu den Koordinations-Sitzungen (Vorstandssitzungen), die bei BastA! grundsätzlich für alle Mitglieder offen sind.

Deinen Mitgliederbeitrag legst du selber fest, Richtgrösse ist 1% des Nettoeinkommens, der Minimalbeitrag beträgt Fr. 10.- pro Monat respektive Fr. 120.- pro Jahr.

<https://basta-bs.ch/mitglied-werden>

IMPRESSUM

Nr 02/2017

Redaktion: Franziska Stier, Martin Flückiger, Mariann Gloor, Till Kleisli

Layout & Bildredaktion: Till Kleisli, Franziska Stier

Herausgeber: Förderverein BastA!, Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel

E-Mail: sekretariat@basta-bs.ch

Telefon: 061 / 691 16 31

Konto: PC 40-31244-5

**Mitglieder-
versammlung**



Die neu gewählte Koordination. V.l.n.r. Adrian Schriel, Nicola Goepfert, Till Kleisli, Sibel Arslan, Martin Flückiger, Meret Rehmann, Tonja Zürcher, Beatrice Messerli, Patrick Bolzern, Beatrice Alder, Jonas Zurflüh, Brigitta Gerber. Es fehlen: Jo Vergeat, Heidi Mück und Urs Müller

Auf der Mitgliederversammlung am 30. März wählte BastA! die neue Koordination. Wir freuen uns über den Zuwachs und natürlich auch über das erneute Engagement der langjährigen Koordinationsmitglieder.

Neben den Vorstandswahlen diskutierte die Mitgliederversammlung intensiv über die Rentenreform 2020. Peter Streckeisen und Rita Schiavi referierten mit unterschiedlichen Perspektiven. Am Ende sprach sich die Versammlung mit zweidrittel Mehrheit für das Referendum gegen die Rentenreform 2020 aus.

Warum ein Referendum?

Die Rentenreform 2020 soll die Altersversorgung trotz kriselnder Aktienmärkte sicherstellen. Dabei wird auch versucht eine finanzielle Umlagerung der risikobehafteten 2. Säule (Pensionskasse) in die 1. Säule (AHV) durchzuführen. Positiv erschien auch, dass kleine (Teilzeit-)Einkommen stärker berücksichtigt werden. Menschen, die im Erwerbsleben vorwiegend im prekär und im Tieflohnsektor arbeiteten, erhalten somit im Pensionsalter höhere Leistungen aus der Pensionskasse. Leider heisst das nicht, dass sie insgesamt mehr Renteneinkommen haben, sondern vor allem, dass eine Verschiebung von der Ergänzungsleistung zur AHV bzw. Pensionskasse vorgenommen wird. Für die Betroffenen heisst das, dass sie über die Dauer ihrer Erwerbsbiographie mehr Geld in die Pensionskassen einzahlen, aber im Endeffekt nicht mehr Geld erhalten. Diese leichte Erhöhung der

AHV reicht nicht aus, um die realen Verschlechterungen durch die Senkung des Umwandlungssatzes der Pensionskasse und die Erhöhung des Frauenrentenalters auszugleichen. Die Rentenreform 2020 geht auf Kosten der Frauen und Menschen mit kleinen Einkommen.

Im September werden die Schweizerinnen und Schweizer über die Rentenreform abstimmen. Sollte das Referendum zustande kommen, wird es zwei Abstimmungen zur Rentenreform 2020 geben, die beide ein JA brauchen, um die Reform durchzuführen. Einerseits die obligatorische Abstimmung über die Erhöhung der Mehrwertsteuer, andererseits das fakultative Referendum zur Senkung des Umwandlungssatzes und der Erhöhung des Frauenrentenalters.

Das ergriffene Referendum, das auch von BastA! unterstützt wird, ermöglicht damit eine weitere dringend notwendige Diskussion über die Frage, wie ein würdiges Leben im Alter aussieht.

Link zum Unterschriftenbogen:

<http://bit.ly/2oTDJc2>



Franziska Stier, Parteisekretärin

Fortsetzung von Seite 1

den gesamten Vermögen deutlich ausgeweitet. Die dreihundert Reichsten versechsfachten in dieser Zeit ihre steuerbaren Nettovermögen auf über 600 Milliarden Franken. Darauf weist das Wirtschaftsmagazin „Bilanz“ (24/2016) hin.

Laut dem SGB-Verteilungsbericht (2016) verfügen in der Schweiz die reichsten 2,1 Prozent Steuerpflichtigen gleichviel Reinvermögen wie die restlichen 97,9 Prozent. Das reichste Prozent kommt auf über 40 Prozent der Reinvermögen, die alle Vermögenswerte abzüglich der Schulden umfassen. Auf die reichsten 10 Prozent entfallen drei Viertel der Vermögen. Ein Viertel verbleibt den untersten 90 Prozent. Und rund ein Viertel der Steuerpflichtigen hat überhaupt kein steuerbares Nettovermögen. Das durchschnittliche Vermögen liegt laut dem Global Wealth Report der Credit Suisse (2015) bei einer halben Million Franken.

Wer viel hat, erhält noch mehr

Ein Grund für die hohe Konzentration der Vermögen in der Schweiz sind die tiefen Steuern der Vermögen und Erbschaften. Die Vermögen bleiben zu Lebzeiten der Besitzenden kaum angetastet. Und sie lassen sich ohne grosse Abzüge weitergeben. Zehn Prozent der Erbenden erhalten drei Viertel der gesamten Erbschaften. Wer viel hat, erhält noch mehr dazu. Ein Drittel der Bevölkerung geht hingegen leer aus. So zurren sich erhebliche

ARMUT

Unterschiede fest. Dies auch mit Hilfe von Steuersenkungen, die hohe Einkommen und Vermögen begünstigen. Hinzu kommen erstens die oberen Löhne, die mehr Vermögen generieren, zweitens der Anstieg der privatisierten Gewinne und drittens interne Steuerparadiese, die von Vermögenden profitieren, die zuwandern.

Bei den Einkommen sind die Unterschiede weniger krass. Wobei Frauen in der Schweiz durchschnittlich 25 Prozent weniger verdienen als Männer. Frauen sind auch bei den Vermögen stark untervertreten. Ihre privaten Vermögen sind in Partnerschaften rund ein Drittel niedriger als jene der Männer. Das verschärft die politische Brisanz erheblich. Denn wer über Reichtum verfügt, hat auch mehr Macht, eigene Interessen durchzusetzen. Die einseitige Verteilung unterläuft so demokratische Prozesse.



Ueli Mäder

Von Ueli Mäder stammt das Buch „macht.ch – Geld und Macht in der Schweiz“ (Rotpunktverlag, Zürich 2015).

ABSTIMMUNGEN

Parolen vom 21. Mai in Kürze

Eidgenössische Abstimmungsvorlagen

JA zum Energiegesetz (EnG)

Mehr Informationen auf Seite 4.

Kantonale Abstimmungsvorlagen

JA zur kantonalen Volksinitiative "für eine ringförmige Velo-Komfortroute (Veloring-Initiative)

Mehr Informationen auf Seite 5.

JA zum «Ratschlag zur Revision des Gesetzes über das Gastgewerbe (Gastgewerbegesetz)»

Aktuell ist der Ausschank von Alkohol in Jugendzentren verboten. Die Gesetzesänderung soll das strikte Verbot lockern, sodass im Rahmen von Veranstaltungen und Festen und natürlich unter Beachtung des Jugendschutzes Alkohol in Jugendzentren ausgegeben und konsumiert werden darf. Diese Änderung ist eine Anpassung an die Realität, dass Jugendliche Alkohol konsumieren, dies aber bisher ausserhalb und ohne Aufsicht tun. Die Gesetzesänderung ermöglicht der Jugendarbeit den Alkoholkonsum zu begleiten, anstatt ihn zu ignorieren.

Im normalen Jugendzentrumsbetrieb wird Alkohol weiterhin nicht toleriert.

ZITATE

Lob der Dialektik

«Das Unrecht geht heute einher mit sicherem Schritt.

Die Unterdrücker richten sich ein auf zehntausend Jahre.

Die Gewalt versichert: So, wie es ist, bleibt es.

Keine Stimme ertönt ausser der Stimme der Herrschenden

Und auf den Märkten sagt die Ausbeutung laut:

Jetzt beginne ich erst.

Aber von den Unterdrückten sagen viele jetzt:

Was wir wollen, geht niemals.

Wer noch lebt, sage nicht: niemals!

Das Sichere ist nicht sicher.

So, wie es ist, bleibt es nicht.

Wenn die Herrschenden gesprochen haben

Werden die Beherrschten sprechen.

Wer wagt zu sagen: niemals?

An wem liegt es, wenn die Unterdrückung bleibt? An uns.

An wem liegt es, wenn sie zerbrochen wird? Ebenfalls an uns.

Wer niedergeschlagen wird, der erhebe sich!

Wer verloren ist, kämpfe!

Wer seine Lage erkannt hat, wie soll der aufzuhalten sein?

Denn die Besiegten von heute sind die Sieger von morgen

Und aus Niemals wird: Heute noch!»

Bertolt Brecht

**Begleiten
statt Bevormunden**

**SCHÜTZT
UNSERE
JUGEND!**

am 21. Mai

JA

zur Änderung des
Gastgewerbegesetzes
www.jugendschutz-ja.ch

Beenden wir das Schweizer Atomzeitalter!

Ja zu "Energiestrategie 2050": Am 21. Mai stimmen wir über den Atomausstieg ab – Ein Anliegen, für das in der Schweiz seit über 40 Jahren Menschen auf die Strasse gehen!

Während der zwei Jahre, in denen National- und Ständerat über die Vorlage diskutiert haben, wurde die Vorlage an vielen Stellen verändert. Das ändert aber nichts daran, dass mit einem Ja zur 'Energiestrategie 2050' endlich neue AKW verboten werden. Ein wesentliches Ziel der Anti-Atom-Bewegung ist in Greifnähe. Das alleine ist ein guter Grund, um überzeugt Ja zu stimmen. Ausserdem soll weniger Energie verschwendet werden und die erneuerbaren Energien sollen stärker gefördert werden. Dazu werden die Stromkosten um 0.8 Rappen pro Kilowattstunde erhöht. Das macht für eine durchschnittliche Familie 40.- Franken im Jahr (!) aus. Die von der SVP aufgeführten Fantasiezahlen sind – wie es neuerdings heisst – «postfaktisch» und haben mit der Realität nichts zu tun.

Abhängigkeit von Diktatoren und Konzernen stoppen

Die überparteiliche Kampagne für die Energiestrategie wirbt mit dem Slogan «Geld bleibt hier». Das klingt wirtschaftsfreundlich, ist auf den zweiten Blick aber auch entscheidend für viele

linke Anliegen. Denn Geld, das hier nicht in Solaranlagen oder Gebäudeisolationen investiert wird, geht beispielsweise via Erdölkosten nach Saudi-Arabien, Libyen oder Nigeria und über die Erdgaspreise nach Russland. Von unserem Erdgaskonsum profitiert auch Erdoğan, der mit der Pipeline 'Turkish Stream' russisches Gas nach Europa transportieren und kräftig daran verdienen will. Die Abhängigkeit der Schweiz und Europas von der Lieferung fossiler Energien sichert diesen Ländern die 'Kritiklosigkeit' gegenüber Menschenrechtsverletzungen. Und sie führt zu ökologischen Katastrophen wie beim Brand von 'Deepwater Horizon' im Golf von Mexiko oder den leckenden Ölpipelines im Nigerdelta.

Nicht nur die Umwelt ist den Ölkonzernen egal, sondern auch die Rechte der (indigenen) Bevölkerung, wie die Räumung des 'Standing Rock'-Protests gegen die geplante Ölpipeline eindrucksvoll zeigt. Es ist also höchste Zeit endlich den Erdölkonsum zu reduzieren. Mit der Energiestrategie 2050 werden die Weichen gestellt.

Und was ist mit den Mieterinnen?

Energetische Gebäudesanierungen werden durch die Energiestrategie stärker gefördert. Dieser Schritt hilft, Mietzinserhöhungen aufgrund Gebäudesanierungen abzuschwächen. Weitere wich-

tige Forderungen des Schweizerischen Mieterinnen- und Mieterverbands wurden jedoch nicht aufgenommen. Deshalb verzichtet er auch auf eine Ja-Parole, begrüsst aber die «Stossrichtung der Energiestrategie zu Gunsten einer nachhaltigen Klima- und Energiepolitik» ausdrücklich und hält fest, dass es aus Mietersicht keinen Grund gibt, die Vorlage abzulehnen. Trotzdem versucht die SVP mit den Anliegen der Mieterinnen und Mieter Stimmung gegen die Energiestrategie zu machen. Dabei war es allen voran die SVP, die verhinderte, dass Verbesserungen für Mieterinnen und Mieter in die Strategie aufgenommen werden. Und gleichzeitig Steuergeschenke für Hausbesitzende beschloss.

Fallen wir nicht auf ihre hinterhältige Strategie herein. Stimmen wir Ja zur Energiestrategie und zum Atomausstieg. Und kämpfen weiter für Verbesserungen für Mieterinnen und Mieter. In Basel mit den drei Initiativen des MV Basel und der Initiative Recht auf Wohnen: www.recht-auf-wohnen.ch



Tonja Zürcher, Co-Präsidentin BastA!

Reclaim Democracy

Vom 2. bis 4. Februar öffnete das Kollegienhaus der Uni Basel seine Tore für über zwanzig Organisationen, NGOs, Institute und Gewerkschaften, die zu verschiedenen Perspektiven rund um Demokratie einladen.

Drei kurze Berichte der eindrucksvollen Veranstaltung.



BEWEGUNG

Die Demokratie zurückgewinnen

Vom 2. bis 4. Februar 2017 fand der vom Denknetz organisierte Kongress Reclaim Democracy an der Universität Basel statt. 1800 Personen nahmen daran teil. Am Kongress wurde nach Antworten auf die drängenden Fragen unserer Zeit gesucht. Nur in einer umfassenden Demokratie, können Menschenrechte, Freiheitsrechte und Frieden durchgesetzt, globale Gerechtigkeit und sozialer Ausgleich erkämpft, Konflikte auf Augenhöhe gelöst und die kollektive Verantwortung für die Umwelt wahrgenommen werden. Von einer solchen Demokratie sind wir weit und zunehmend weiter entfernt. In unzähligen Workshops und interessanten Plenen wurde darüber diskutiert, wie wir die Demokratie zurückgewinnen und weiterentwickeln können – Reclaim Democracy!

Nicola Goepfert

Holt euch die Demokratie zurück - Notizen einer Beobachterin

Abgesehen vom Besuch des sehr anregenden Workshops zu Urban Citizenship sowie des Abschlussvortrages hütete ich den Bücherstand des „Denknetzes“ im Foyer. Dabei beeindruckte mich das Kommen und Gehen Hunderter von Leuten aus der ganzen Schweiz, sowie dem nahen und auch fernerem Ausland. Sie alle versammelten sich, um gemeinsam über „Anleitungen“ zur Verbesserung der Welt nachzudenken und zu diskutieren. Mögen auch einzelne Vorträge schwer verdaulich gewesen sein, das Gefühl des „gemeinsam in die gleiche Richtung am gleichen Strick zu ziehen“ war der gemeinsame Nenner, der alle beglückte.

Ob der Rat der Schlussreferentin Jody Dean, den Kommunismus und/oder die Kommunistische Partei wieder zu beleben, der Weisheit letzter Schluss ist, bleibe dahingestellt.

Beatrice Alder

Rassismus Kolonialismus und Demokratie.

Mein erster Kongressworkshop zu Rassismus, Kolonialismus und Demokratie war vollkommen ausgebucht. Prof. Gurminder Bhambra, eine Soziologin der Universität Warwick eröffnete mit einem Referat. Dabei hörte ich zum ersten Mal von der Haitianischen Revolution, welche von den dort arbeitenden Sklaven losgetreten wurde und schlussendlich zum ersten unabhängigen Staat in Lateinamerika führte. Mit diesem Denkanstoss wurde mir klar, wie wenig ich eigentlich neben gewöhnlichem Schulwissen über die Kolonialzeit weiss, obschon die Spuren derselben auch heute allgegenwärtig sind.

In der gleichen Weise ging es weiter und das Angebot war vielfältig: Drei Tage lang fanden Ateliervorstellungen statt, an welchem das Publikum zur

Mitarbeit aufgefordert war. Unterbrochen wurden diese von den Plenarveranstaltungen in der Aula, die stets ausgebucht waren. Die Stimmung war dort aufmerksam und emotional, sodass es den ModeratorInnen oft schwer fiel das Mikrofon zurück zuerobern.

Mich hat der Kongress an viele neue Themen herangeführt und auch neue Perspektiven auf Themen eröffnet, die ich bereits gut zu kennen glaubte und damit auch mein Interesse befeuert.

Der Kongress führte auch dazu, dass ich mich mit neuer Literatur beschäftige und das erworbene Wissen, wo immer möglich, in mein Handeln einbaue. Sollte der Kongress bei allen 1800 Besuchern ähnliches ausgelöst haben, dann werden langfristig, so hoffe ich, die Folgen davon zu spüren sein. Ob dies zutrifft liegt nun bei uns allen.

Jonas Zurflüh

Nebeneinander statt gegeneinander! Basler Veloring JA!

ABSTIMMUNGEN



Schematische Darstellung des Velorings und der Velorouten in Basel. (Bild: BVD)

Am 21. Mai stimmt Basel-Stadt auch über den Veloring ab! Der Grossratsbeschluss ist die Ausformulierung der ProVelo-Initiative von 2015. Die Regierung schlägt vor, dass eine gut markierte Route um die Innenstadt eingerichtet wird. Dagegen hat die Autolobby das Referendum erhoben.

Der Velo-Ring entspricht klar einem zunehmenden Bedürfnis. Er bringt für Velofahrende eine zügige und insbesondere für ungeübte oder ängstliche Velofahrende, für ältere Menschen, Kinder und Familien mit Kleinkindern im Anhänger, eine sichere Strecke. Also eine rundum coole Sache, die es auch schon in Städten wie Kopenhagen zu begutachten gibt.

Basel-Stadt hat 327 km Strassen, davon sind 125 km auf den motorisierten Individualverkehr (MIV) orientiert, 15 km sind als vielspurige Autobahnen exklusiv dem MIV vorbehalten. Der Veloring - auf dem auch Autos fahren dürfen - wird bescheidene 10 km lang, wovon ein paar hundert Meter auf Hauptstrassen liegen könnten.

Dabei soll der Velo-Ring die Verkehrsträger nicht gegeneinander ausspielen. Es soll ein Miteinander werden, Velos bekommen auf dem Ring einfach etwas mehr Aufmerksamkeit und Priorität und sollen sicher, ruhig und zügig vorankommen.

Zu den Kosten

Der Veloring kostet ein Trinkgeld. Mit 25 Mio. Franken liegen die Kosten

deutlich unter den jährlichen Abschreibungen auf Grossinvestitionen beim Tiefbauamt. Zum Vergleich: Der von der Autolobby geforderte Gundelitunnel würde die Steuerzahlenden im Kanton weit über 250 Mio. kosten.

Velofahren ist nachhaltig, sozial und kostengünstig! Der Velo-Ring wird zudem die neuen Wohn- und Gewerbe Areale im Kleinbasel (Klybeck und Erlenmatt) oder im St. Johann (Lysbüchel) frühzeitig einbeziehen und verkehrstechnisch lärm- und abgasfrei vernetzen. So sind nebst diversen Parteien von links bis mitte – die Verkehrsverbände ProVelo, Umverkehr und VCS, aber auch verschiedene Bauträger an einem Velo-Ring interessiert. Ebenso stehen Istvan Akos, die Ärztinnen und Ärzte für den Umweltschutz und der WWF der Region Basel hinter dem Projekt.



Brigitta Gerber, Basta! Vorstand ProVelo

Bewegter März

Im Zeichen des Widerstands

Die letzten Wochen standen im Zeichen des Widerstands. Tausende Frauen gingen in Zürich und Basel auf die Strasse (Am Women's march vom 18.03. in Zürich nahmen 17.000 Menschen teil). Weitere Tausende demonstrierten in Bern gegen die Errichtung einer Diktatur in der Türkei. Und auch um Tisa, einen Claraplatz für alle und die Dakota Access Pipeline sowie die Investitionen von CS und UBS regten sich Widerstände. Hier ein kleiner Überblick der letzten Wochen.



Übergabe der Petition für eine Tisa-freie Zone. Am 15. Februar wurden in Basel mehr als 1600 Unterschriften übergeben.



Rund 500 Menschen gingen am 11. Februar in Basel auf die Strasse. Parallel dazu gab es auch in Zürich eine Demonstration. Während des Protestmarschs in Basel trugen viele Frauen* ein Schild auf dem "Nein" in unterschiedlichen Sprachen zu lesen war, um ein Zeichen der Solidarität mit den Menschen in der Türkei zu setzen.
Foto: Franziska Stier



Redebeitrag von Sibel Arslan am 25. März in Bern, gegen die Errichtung einer Diktatur in der Türkei. Rund 5000 Menschen folgten dem Aufruf



Am 25.02. gab es eine Kundgebung am Claraplatz gegen Verdrängung. Aufgerufen hatte KriSo. Ein Vorstoss im Grossen Rat, der ein Alki-Stübli forderte, um die Armut zu verschleiern gab Anlass zur Aktion. Links: Jonas Zurflüh



25. Februar Foto: František Matouš

Mit Herzblut gegen Uni-Killer

Wir Baselbieterinnen und Baselbieter sind gerade dabei, unsere Freunde aus der Stadt mit einer Schamlosigkeit über den Tisch zu ziehen, die selbst Donald Trump zur Ehre gereichen würde. Es geht um die Universität BEIDER BASEL – und um 80 Millionen Franken.

Der von den Regierungen beschlossene und in der Schweizer Geschichte einmalige Deal zur Unterstützung des Landkantons ist nicht nur für die Kantonsfinanzen substantiell, sondern auch als Symbol nicht genügend hoch einzuschätzen. Dass sich Regierung, Parlament und Bevölkerung Basels in einer derart unaufgeregten Einigkeit hinter den 80-Millionen-Zustupf stellen, zeugt von grossem Vertrauen, beispielloser Solidarität und echtem Bemühen. Zu erwarten war diese feine Geste keineswegs: auch der Kanton Basel-Stadt agiert im schwierigen Umfeld des negativen Steuerwettbewerbs. Trotzdem:

Wäre Basel-Stadt vor allem auf den eigenen Vorteil bedacht, hätte es von Beginn an langfristige Stabilität und Planungssicherheit für die Uni gesucht, mit oder ohne den etwas unberechenbaren Bruder vom Lande. Stattdessen wurde ein vertrauensvolles Geschäft abgeschlossen, das es dem Baselbiet ermöglichen soll, wieder auf die Beine zu kommen und nach 4 Jahren seine ehrenvolle Pflicht als Trägerkanton wieder zu erfüllen. Hierzu muss man wissen, dass auf dem Land seit der Jahrtausendwende ein Sparpaket dem anderen folgt und Besserung unter bürgerlicher Regierung und Parlament, die sich vor allem um die Interessen ihrer Seilschaften kümmern, unmöglich ist. Da aber die Wende unter grüner und roter Führung Zukunftsmusik ist und der Deal nun mal abgeschlossen wurde, gilt es nun, die Strategie des Vertrauens weiterzuverfolgen. Ein mögliches Sparbudget der Uni widerspricht dieser Linie diametral. Der Sinn der ganzen Bemühungen, durch Überbrückung Stabilität

zu gewinnen, wird dadurch negiert. Das Baselbiet wird in diesem Fall seine Finanzen auf Kosten der Uni aufpolieren und wir hätten unsere Partner über den Tisch gezogen.

Was bleibt ist die Überzeugung, dass wir die immer wahrscheinlicher werdenden Volksabstimmungen über die Uni gewinnen können. Mit viel Herzblut können wir den Uni-Killern die Grenzen aufzeigen und die Abstimmung in BL zum Waterloo von SVP und FDP werden lassen. Dann schicken wir die beiden Parteien auf St. Helena und gewinnen die Wahlen #Grün2019.



Bálint Csontos, Co-Präsident jgb

Einschränkung der Grundrechte –

Nein zu Racial Profiling!

Auch in Basel sind rassistische Polizeikontrollen alltäglich. Vor allem Menschen mit dunkler Hautfarbe berichten von immer wiederkehrenden Kontrollen, die nur aufgrund ihrer äusseren Erscheinung durchgeführt werden. Die betroffenen Personen sind damit immer und ohne konkreten Anlass dem Verdacht ausgesetzt, eine Straftat begangen zu haben.

Personenkontrollen dürfen nur aufgrund eines konkreten Verdachtes stattfinden, rassistisch motiviertes Verhalten der Polizei ist diskriminierend und damit verboten. Das Diskriminierungsverbot ist eine Grundrechtsbestimmung (Art. 8 Abs. 2 BV) und wendet sich gegen gesellschaftliche Praktiken spezifischer Ungleichbehandlungen, die sich aufgrund stereotypischer Vorstellungen entwickelt haben.

Gehäufte Kontrollen an bestimmten Orten mit Fokus auf Menschen dunkler Hautfarbe führen zudem faktisch zu einer Einschränkung der Bewegungsfreiheit. Betroffene Personen trauen sich nicht mehr, sich an diesen Orten aufzuhalten oder sind die ständigen

Schikane leid.

Aussagen wie die von LDP-Grossrat und JSSK-Mitglied André Auderset gegenüber der BZ: «So ist es zweifellos richtig, zur Bekämpfung des Rauschgifthandels rund um die Kaserne in erster Linie schwarze Männer zu kontrollieren und nicht weisse Frauen,» sind zutiefst rassistisch und in keiner Weise reflektiert.

Ein Mittel um Racial Profiling entgegen zu treten ist ein Quittungssystem. Die Polizei kann dazu aufgefordert werden, kontrollierten Personen eine Quittung auszustellen, auf welcher sämtliche Informationen über die Kontrolle enthalten sind. Neben dem Ort, der Zeit und der Personalnummer der Beamten wird auch der Grund für die Kontrolle festgehalten. Ein solches System kann dabei helfen, Zahlen im Bezug auf Personenkontrollen zu sammeln. Zudem vereinfacht es einer direkt betroffenen Person, sich gegen rassistische Polizeikontrollen zu wehren. Bekommt die eine Person am gleichen Tag verschiedene Quittungen, auf welchen jeweils ein anderer Grund angegeben ist, liegt es nahe, dass die Kontrolle kaum aufgrund objektiver Verdachtsindizien beruhen.

GRUND- UND MENSCHENRECHTE

Begleitet werden müsste das Quittungssystem von einem Monitoring. Damit kann erhoben werden, wie die Polizei arbeitet und wo konkret angesetzt werden könnte. Das Monitoring muss unabhängig und von einem externen Gremium durchgeführt, bzw. begleitet werden. Teil davon soll die Zivilgesellschaft sein und damit auch direkt betroffene Personen. Nur so kann eine sachliche und genaue Auseinandersetzung mit Racial Profiling stattfinden, welche dringend nötig ist.

Denn mit dem Quittungssystem alleine ist es noch nicht getan. Ein Quittungssystem alleine verhindert keine rassistischen Polizeikontrollen. Aus dem Monitoring müssen Konsequenzen gezogen werden. Denn ein diskriminierendes Verhalten der Polizei hat grosse Auswirkungen darauf, wie wir als Gesellschaft zusammenleben.



Nicola Goepfert, Koordination Basta!

Bericht aus dem Grossen Rat

In den letzten beiden Sitzungen ging es vielen so wie mir vor bald einem Jahr; sie mussten sich erst einmal eingewöhnen. Zumindest ein Teil davon, es gibt ja auch solche, die schon einmal im Rat gesessen haben und jetzt einen neuen Anlauf nehmen.

Eines war vor einem Jahr sicher anders; es gab zwar auch mehr als einen Wechsel, aber nicht alle auf einmal und so war es vielleicht leichter als neues Gesicht und neues Mitglied des Grossen Rates wahrgenommen zu werden. Einige der jetzigen Neuen habe ich noch nicht wirklich "gesehen" oder weiss noch nicht auf Anhieb, wie sie heissen oder welcher Partei sie angehören. Andere sind sofort aufgefallen, sei es durch ihre Voten, durch markante Stimmen oder weil sie auf anderer Ebene bereits bekannt waren.

Spannend ist auf alle Fälle, dass wir, die wir doch erst gerade die "Neuen" waren, nun plötzlich diejenigen sind, die den nun ganz "Neuen" Abläufe, Bestimmungen oder Regeln erklären können, die wir (ich jedenfalls) bis zu meinem Einzug ins Rathaus selber nicht so genau oder gar nicht gekannt haben.

Möglicherweise ist das im Ratssaal zeitweise herrschende Gewusel und

Stimmengewirr mit diesem Umstand zu entschuldigen, dass halt vieles neu besprochen und einigen der Weg zum Kaffee und den Zeitungen erklärt werden musste. Der neue Grossratspräsident hatte auf alle Fälle hin und wieder Mühe seine Schäfchen in Zaum zu halten, mehrmals musste er die Glocke läuten und um mehr Ruhe bitten.

Debattiert und abgestimmt wurde auch noch, wenn auch viele der Geschäfte zu keinerlei grösseren Diskussionen Anlass gaben und an die Regierung überwiesen oder abgeschrieben wurden.

Diskussionen und sehr unterschiedliche Auffassungen gab es bei der Motion von Brigitta Gerber zum Thema "Umsetzung der Fördermassnahmen im Schulgesetz", d.h. die Übernahme von Bedarfsabklärung und Bereitstellen von Fördermassnahmen im Bereich "Schulische Heilpädagogik" an Privatschulen.

Der Zolli bekommt seine Subventionen weiterhin ungekürzt, trotz eines Antrags der SP auf Kürzung um 450'000.- pro Jahr.

Soll die ganze Innerstadt der gleichen Lärmempfindlichkeitsstufe (Mischzone: Wohnen und Gewerbe) zugeordnet

werden, wie das die Motion Mumenthaler verlangt oder wird es weiterhin Wohnzonen geben? Die Motion wird als solche überwiesen, trotz Bedenken von verschiedenen Seiten.

Und fast ganz zum Schluss müssen wir uns einem Stichentscheid des neuen Grossratspräsidenten beugen, der die Standesinitiative "...betreffend Überprüfung von kriegerischen Einsätzen gegen Spitäler und andere Gesundheitseinrichtungen durch Streitkräfte von Ländern, in welche die Schweiz Rüstungsgüter exportiert" von Daniel Spirgi endgültig versenkt.

Die Enttäuschung ist riesig, zumal wir mit wenig mehr Präsenz und einheitlichem Stimmverhalten die Abstimmung hätten gewinnen können.

Aber wie heisst es so schön: Dr Hätti und dr Wenni...!

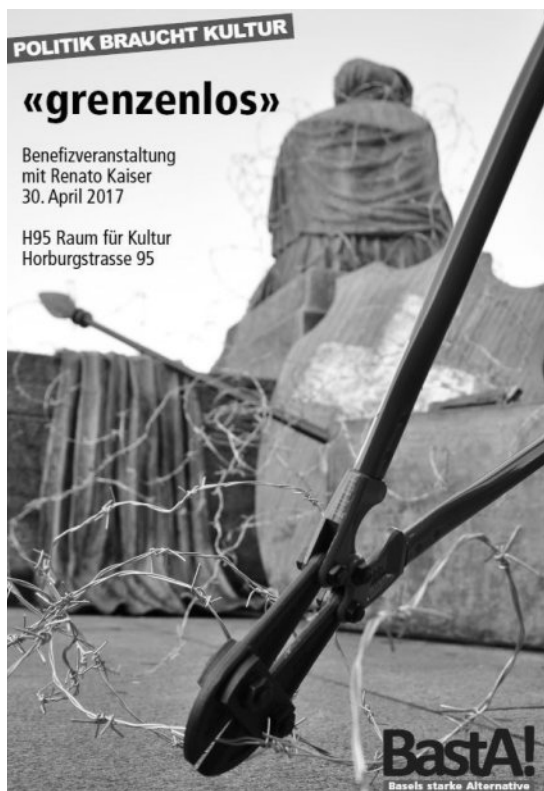


Beatrice Messerli, Grossrätin

Benefizveranstaltung mit Renato Kaiser

30. April ab 18 Uhr

KULTUR



Benefizveranstaltung

Ab **18 Uhr** reichhaltiges Buffet vom Verein Städtepartnerschaft Basel-Van, Spoken Word mit Renato Kaiser, Satiriker, Poetryslam Schweizermeister 2012 und "än liebä Siäch" (www.renatokaiser.ch), Sarah Egli, feministisches Nachwuchstalent Spoken Word und Live Musik von Too Nice To Fail (Schule für ungehinderte Musik, www.sfum.ch)

Eintritt Fr. 100.- (inkl. Getränke bis 21 Uhr und Eintritt für die Feier in den 1. Mai)

Der Reinerlös kommt BastA! zugute.

Feier in den 1. Mai

Ab **21 Uhr** offene Feier im Untergeschoss des H95 Singles Jukebox mit DJane Tikita und Mojito-Bar

21.30 Uhr Bonus-Auftritte von Renato Kaiser und Sarah Egli

Eintritt ab 21 Uhr nur noch Fr. 10.-

Anmeldung für Benefizveranstaltung erforderlich.

Email: sekretariat@basta-bs.ch,
Telefon: 061 691 16 31,
Online: basta-bs.ch/benefiz